



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Dr. Franz Rieger, Wolfgang Fackler, Eric Beißwenger, Martin Bachhuber, Volker Bauer, Barbara Becker, Alex Dorow, Holger Dremel, Alexander Flierl, Max Gibis, Alfred Grob, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Andreas Jäckel, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Klaus Steiner, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/18560

Entschlossenes Eintreten für die Geldwertstabilität – Solide Finanzen in der EU statt ultralockerer Geldpolitik

Nachdem die EU-Mitgliedstaaten während der Coronapandemie als Notfallkonzept Rekordschulden aufgenommen haben, ist nun eine Debatte zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eröffnet. Der Landtag tritt Überlegungen entgegen, die Stabilitätskriterien des Vertrages von Maastricht weiter abzuschwächen und den Stabilitäts- und Wachstumspakt für Klimainvestitionen aufzuweichen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich bewährt und auch in Krisenzeiten als ausreichend flexibel erwiesen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt überarbeitet und gestrafft wird, er aber weiterhin Schuldenaufnahme und Haushaltsdefizite deckelt sowie keine Ausnahmen für Klimainvestitionen enthält. Die coronabedingte Politik des billigen Geldes darf nicht zur Normalität werden und eine europäische Stabilitätskultur muss bewahrt werden. Es ist an der Zeit, einen Ausweg aus dem währungspolitischen Krisenmodus zu finden.

Der Landtag betont, dass auch und gerade angesichts der aktuellen Inflationsentwicklung und der dort liegenden Risiken eine stabile und nachhaltige Finanzpolitik in Europa sowie eine solide Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten wichtiger denn je ist. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass nach dem Rücktritt von Dr. Jens Weidmann als Präsident der Bundesbank dort weiterhin eine starke und entschlossene Stimme als Bewahrer der Geldwertstabilität eintritt.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident